

Ihr Ansprechpartner  
Jürgen Steinmetz

Telefon  
02131 9268-500

Telefax  
02151 635 - 330

E-Mail  
juergen.steinmetz@  
mnr.ihk.de

---

# Protokoll der Vollversammlung

## am 10.12.2024 um 16:00 Uhr

### in der IHK-Hauptgeschäftsstelle Krefeld

---

#### Anwesende

#### Präsidium

Präsident	Elmar	te Neues
Vizepräsident Prof. Dr.	Joerg	Dederichs
Vizepräsidentin	Svenja	Fusten
Vizepräsident	Rainer	Höppner
Vizepräsident Dr.-Ing.	Claus	Schwenzer
Vizepräsidentin	Susanne	Thywissen
Vizepräsident	Hartmut	Wnuck

#### Mitglieder

	Antonios	Arabatzis	(ab TOP 5 hinzugewählt)
	Dominik	Baum	
	Antonius	Bergmann	
	Norbert	Bienen	
	Christoph	Borgmann	
	Christoph	Buchbender	
	Christian	Cichon	
	Johannes	Cloerkes	
	Gregor	Correnz	
Dr.	Ute	Dallmeier	
	Dunja	Freimuth	
	Manja	Freistühler	
	Lars	Friedrich	
	Beate	Gothe	
	Andreas	Gröver	
	Tobias	Haberland	
	Caroline	Hartmann-Serve	
	Markus	Jungbluth	
	Philip	Kalthöfer	
	Ernst Peter	Kreuder	
	Gerald	Laumans	
	Sven	Mager	
	Helge	Niemietz	
	Rudolf	Paproth	
	Anja	Raubinger	
	Christoph	Rochow	
Dr.	Hans Peter	Schlegelmilch	
	Theodor	Schorstein	
	Ralf	Schwartz	
	Carmen	Stappen	
	Burkard	Ungricht	
	Muhittin	Usta	

Angelika	Vermeulen
Michael	von Ameln
Johann-Andreas	Werhahn
Tim	Wiegmann
Eleonore	Wisbert

## IHK

Jürgen	Steinmetz
Martin	van Treeck
Peter	Terhaag
Nicola	Schröder
Gregor	Werkle
Lutz	Mäurer
Egbert	Schwarz
Patrick	Goncalves
Carmen	Granderath
Louise	Lucke-Kramer
Bianca	Schlünkes
Rita	Mudrow
Matthias	Gröhe
Gillian	Hahn
Anna	Jochums
Lea-Charlotte	Hoffmann
Katrin	Oberwelland
Felix	Dornieden

## Ehrenpräsidenten

Wilhelm	Werhahn
---------	---------

## Gäste bis zum Tagesordnungspunkt 16

Ministerin	Dorothee	Feller
	Karl-Heinz	Stauten
	Melissa	Strecker
	Valentin	Wessels

## Gäste ab dem Tagesordnungspunkt 16

Andreas	Galland
Ralf	Kriesemer
Dirk	Reimann
Lea	Scholze
Richard	Wichmann
Marvin	Keim

## Tagesordnung (öffentlich)

- 
- TOP 01 Genehmigung des Protokolls der vergangenen Sitzung
  - TOP 02 Bericht des Präsidiums und des Hauptgeschäftsführers
  - TOP 03 Impulsvortrag von Dorothee Feller  
(Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-  
Westfalen)

*„Wir brauchen jeden jungen Menschen! Bildungspolitische  
Maßnahmen in der Beruflichen Bildung“*

- TOP 04 Vorstellung neuer Mitglieder der Vollversammlung
  - TOP 05 Personelle Veränderungen
    - a) Neue Mitglieder im Berufsbildungsausschuss
    - b) Wahl zur Nachbesetzung in der Wahlgruppe 10 (Hotel- und Gaststättengewerbe)
  - TOP 06 Jahresprogramm 2025: Projekte und Aktivitäten
  - TOP 07 Risikoerfassung und -bewertung 2025
  - TOP 08 Wirtschaftsplan 2025
  - TOP 09 Wirtschafts- und Europapolitische Positionen
  - TOP 10 Forderungen für die Bundestagswahl 2025
  - TOP 11 Ergebnisse der H2-Bedarfsanalyse
  - TOP 12 Umbau der IHK-Hauptgeschäftsstelle Mönchengladbach – Ein Resümee
  - TOP 13 Berufsvalidierungs- und Digitalisierungsgesetz: Validierungsverfahren mit Änderung der Gebührenordnung
  - TOP 14 Gremientermine 2025
  - TOP 15 Verschiedenes
- Tagesordnung (nicht-öffentlich)**
- TOP 16 Campus für Bildung und Innovation

---

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

---

**Begrüßung und  
Beschlussfähigkeit**

**Präsident te Neues** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder, Ehrenpräsident Herrn Werhahn, die Ministerin für Schule und Bildung des Landes NRW, Frau Feller und die anwesenden Gäste. Er stellt die Beschlussfähigkeit der Vollversammlung fest.

---

**TOP 01 Genehmigung des Protokolls der vergangenen Sitzung**

---

**Protokoll**

Es seien keine Anmerkungen zum übersandten Protokoll der Sitzung eingereicht worden, konstatiert **Präsident te Neues**. Damit sei es genehmigt.

---

**TOP 02 Bericht des Präsidiums und des Hauptgeschäftsführers**

---

**Schweigeminute**

Vor Eintritt in die Tagesordnung übermittelt **Präsident te Neues** der Vollversammlung die Nachricht vom Tod des ehemaligen Vollversammlungsmitglieds Erich Bröker und bittet um eine Schweigeminute.

## Brücken- infrastruktur

**Jürgen Steinmetz** berichtet, dass der Zustand der Brückeninfrastruktur bundesweit äußerst kritisch sei. Angesichts eines prognostizierten Anstiegs des LKW-Verkehrs um 30 Prozent bis zum Jahr 2040 bestehe bereits heute eine massive Diskrepanz zwischen dem steigenden Bedarf und der maroden Infrastruktur. Die Rheinbrücke Uerdingen sei stark eingeschränkt. Die Traglast wurde auf 30 Tonnen reduziert, was täglich mindestens 1.000 LKW betrifft. Umwege über die A57 und die Flughafenbrücke verursachten täglich 30.000 zusätzliche LKW-Kilometer.

Ebenfalls gravierend sei die Situation bei der Josef-Kardinal-Frings-Brücke. Mit einer Traglast von nur 7,5 Tonnen sei die Brücke faktisch für die Wirtschaft gesperrt, was täglich 4.000 Fahrzeuge betrifft. Die nötigen Umleitungen führten zu 58.800 zusätzlichen Fahrzeugkilometern täglich. Selbst nach einer Sanierung sei keine Traglast von 40 Tonnen zu erwarten und der Neubau befinde sich erst in der Planungsphase. **Steinmetz** warnt, dass die Umsetzung eines Ersatzbaus keinesfalls 12 Jahre oder länger dauern dürfe, da dies nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch untragbar wäre. Er ergänzt, dass man in engem Austausch mit den Politikverantwortlichen stehe, um Planungs- und Umsetzungszeiträume zu verringern.

## Konjunktur

**Jürgen Steinmetz** erklärt, die Geschäftslage der Unternehmen befinde sich mit -11,1 Prozent im deutlich negativen Bereich. Schlechte Bewertungen überwiegen, was zuletzt nur während der Corona-Lockdowns der Fall gewesen sei. Auch die Erwartungen blieben negativ (-2,7), deuteten aber auf eine mögliche Stabilisierung hin. Die Unternehmer hätten wenig Vertrauen in die Nachfrage, die Kapazitätsauslastung sei weiter gesunken und Investitionsbudgets würden auch 2024 nicht steigen. **Steinmetz** betont, dass die Probleme struktureller Natur seien. Hohe Energie- und Arbeitskosten, Bürokratie und eine marode Infrastruktur seien massive Wettbewerbsnachteile. Am Arbeitsmarkt seien die Beschäftigungspläne restriktiv und die Arbeitslosigkeit steige in allen Teilregionen des IHK-Bezirks. Eine Rückkehr zu wachsenden Beschäftigungszahlen sei vorerst nicht zu erwarten. Die nächste Konjunkturumfrage solle im Januar 2025 starten.

## Ausbildungs- markt

**Jürgen Steinmetz** ließ verlauten, dass der Ausbildungsmarkt im IHK-Bezirk ein leichtes Minus im Vergleich zum Vorjahr verzeichne. Im längerfristigen Vergleich mit 2021, als 3.967 Ausbildungsplätze gemeldet wurden, zeige sich mit 3.772 Plätzen im Jahr 2024 eine insgesamt stabile Entwicklung.

Er begrüßte Frau Ministerin Feller und richtete einige zentrale Anliegen an Sie. Zum einen sei dringend mehr Aufklärung über Ausbildungsberufe nötig, insbesondere an Gymnasien. Dies könne helfen, Vorurteile abzubauen und berufliche Bildung als wertvolle Alternative sichtbar zu machen. Zudem gebe es große Sorgen über die Ausbildungsreife vieler Schulabgänger. Sinkende schulische Kompetenzen führten dazu, dass Betriebe Lücken während der Ausbildung ausgleichen müssten. Programme wie „Startchancen“ für benachteiligte Schulen könnten hier eine wichtige Rolle spielen. Ein weiterer Fokus müsse auf Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz liegen. Maßnahmen wie das Schülerdatenübermittlungsgesetz könnten helfen, diese gezielt zu fördern und in Ausbildung zu bringen. Auch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Arbeitsagentur, Jugendhilfe und Industrie- und Handelskammern sei hier essenziell. **Steinmetz** hebt zuletzt die Bedeutung der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung hervor. Diese müsse endlich gesetzlich umgesetzt werden, um die berufliche Bildung nachhaltig zu stärken. Der vorliegende Gesetzentwurf sei ein erster Schritt, doch gebe es noch keine weiteren Informationen zur Umsetzung. Es sei an der Zeit, die richtigen

Maßnahmen zu ergreifen, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen und jungen Menschen eine sichere Perspektive zu bieten.

## Compliance

**Jürgen Steinmetz** trägt vor, dass es im Berichtszeitraum keine Vorfälle gegeben habe.

## Danksagung

**Jürgen Steinmetz** bedankt sich zuletzt herzlich für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr. Am 5. Dezember sei der Tag des Ehrenamts gewesen. Er wolle diese Gelegenheit nutzen, um noch einmal allen ehrenamtlichen Mitwirkenden zu danken und deren wertvolle Arbeit zu würdigen. Stellvertretend überreicht er Christoph Buchbender einen Blumenstrauß und würdigt sein Engagement trotz gesundheitlicher Einschränkungen.

---

### TOP 03 Impulsvortrag von Dorothee Feller (Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen)

---

**Dorothee Feller**, Ministerin für Schule und Bildung des Landes NRW, bedankt sich zunächst für die Gelegenheit, den heutigen Impulsvortrag zu halten. Sie betont eingangs, dass es wichtig sei, keinen jungen Menschen zurückzulassen und jedem die Chance auf Bildung zu ermöglichen. Bildung sei ein zentraler Bestandteil der Teilhabe, der Wahrnehmung von Rechten sowie der Stärkung der Gesellschaft und somit der Demokratie.

Sie erkennt die Herausforderungen in der Infrastruktur der Schulen an, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, und stellt heraus, dass Bildung bei der Haushaltsplanung einen klaren Schwerpunkt erhalten habe.

Ein absolutes Schwergewicht liege auf der Bekämpfung des Lehrkräftemangels, der zu den größten Herausforderungen gehöre. In NRW seien rund 8.000 Lehrerstellen unbesetzt, wobei die Situation insbesondere in den Grundschulen und im sonderpädagogischen Bereich schwierig sei. Um dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken, seien Maßnahmen ergriffen worden, wie bspw. die Schaffung von mehr Studienplätzen für Lehrkräfte an Grundschulen und Sonderschulen. Da das Studium jedoch sieben Jahre dauere, seien die Effekte eher langfristig spürbar. Kurz- und mittelfristig solle der Seiteneinstieg gefördert und Lehrkräfte dort abgeordnet werden, wo der Bedarf am größten sei. In den letzten 1,5 Jahren seien bereits 7.400 zusätzliche Fachkräfte in die Schulen gebracht worden.

Ein weiterer Schwerpunkt liege auf den Basiskompetenzen, da Studien wie PISA und IQB zeigten, dass viele Kinder nicht über die notwendigen Grundfertigkeiten verfügten. Die Förderung dieser Kompetenzen beginne bereits in den Grundschulen, und es sei wichtig, dass auch im Elternhaus durch Vorlesen und andere Aktivitäten die Sprachfähigkeiten der Kinder gestärkt würden. Ministerin Feller plädierte für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Kitas und Schulen, um Informationen über die Kompetenzen der Kinder weiterzugeben.

Darüber hinaus sei die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ein wichtiges Anliegen. In diesem Jahr habe es erstmalig mehr Ausbildungsverträge als Studienplätze gegeben. Dennoch müssten die Initiativen zur Berufsorientierung weiter verbessert werden, um die Übergänge von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Ausbildung zu optimieren.

**Ministerin Feller** betonte ferner die Notwendigkeit, auch digitale Kompetenzen zu fördern, insbesondere im Hinblick auf die Herausforderungen der Zukunft wie z.B. künstliche Intelligenz. Der Digitalpakt solle weiter ausgebaut werden, um Schulen bei der Digitalisierung zu unterstützen.

Besonders Sorgen mache ihr die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler. Sie erinnerte daran, dass Schulen nicht alles allein leisten könnten, besonders wenn es um die Vermittlung von Demokratie und Medienkompetenz gehe. Es sei wichtig, Schüler aktiv in demokratische Prozesse einzubeziehen, etwa durch die Wahl von Klassensprechern und die Bildung von Schülervertretungen. Im Kontext der Medienkompetenz äußerte sie Bedenken über die Nutzung von sozialen Medien und forderte einen verantwortungsvollen Umgang damit. **Feller** verwies auch auf internationale Ansätze, wie das Nutzungsverbot sozialer Medien in Australien bis zum Alter von 16 Jahren, wobei sie ein generelles Verbot kritisch sehen würde und auf bereits bestehende Regelungsmöglichkeiten der Schulen verwies.

---

#### **TOP 04 Vorstellung neuer Mitglieder der Vollversammlung**

---

Das Vollversammlungsmitglied **Helge Niemietz**, Geschäftsführer der medicoreha Dr. Welsink Rehabilitation GmbH, stellt sich den anderen Mitgliedern und Gästen der Sitzung vor.

---

#### **TOP 05 Personelle Veränderung**

---

#### **Neue Mitglieder im Berufsbildungs- ausschuss**

**Elmar te Neues** informiert über zwei wichtige personelle Entwicklungen im Berufsbildungsausschuss. Zunächst scheidet Angela Forstreuter, die bisher für die Sparkasse Neuss im Ausschuss tätig war, aufgrund eines Arbeitgeberwechsels aus dem Gremium aus. Ihre Nachfolgerin sei Frau Diana Klömpken, Ausbildungsleiterin bei 3M Deutschland in Neuss, die bereits seit vielen Jahren als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss fungiere und nun in die Position eines ordentlichen Mitglieds aufrücke.

Des Weiteren dankt er Herrn Norbert Hamacher für sein langjähriges Engagement im Berufsbildungsausschuss. Er scheidet aufgrund seines Renteneintritts aus dem Gremium aus. Die Firma AUNDE habe Herrn Emmanuel Ntzemos, Mitglied der Geschäftsleitung und Betriebsleiter am Standort Mönchengladbach, als Nachfolger benannt. Herr Ntzemos werde künftig als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss tätig sein.

In Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Berufsbildungsausschusses, Herrn Heinz Schmidt, schlägt er vor, Frau Klömpken als ordentliches Mitglied und Herrn Ntzemos als stellvertretendes Mitglied in den Berufsbildungsausschuss zu berufen.

#### **Beschluss**

---

**Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:**

***Die Vollversammlung beruft Diana Klömpken (3M, Neuss) als ordentliches Mitglied und Herrn Ntzemos (AUNDE, Mönchengladbach) als stellvertretendes Mitglied in den Berufsbildungsausschuss der IHK Mittlerer Niederrhein.***

---

## Wahl zur Nachbesetzung

**Präsident te Neues** informiert, dass es eine personelle Veränderung in der Vollversammlung gebe. Jessica Wolf sei im Juni als geschäftsführende Gesellschafterin der Mohr & Wolf GbR ausgeschieden und habe ihr Vollversammlungsmandat niedergelegt.

**Nicola Schröder**, Justiziarin bei der IHK Mittlerer Niederrhein, erläutert, dass in der Wahlgruppe 10 die Liste der Nachrücker erschöpft sei. Der freigewordene Sitz werde durch die unmittelbar gewählten Mitglieder der Vollversammlung im Wege der mittelbaren Wahl nachbesetzt. Nach der Wahlordnung sei das Präsidium oder ein Fünftel der Mitglieder berechtigt, einen Vorschlag für die Nachwahl zu unterbreiten. Sie erklärt weiter, dass das Präsidium in seiner Sitzung am 10. Oktober 2024 Herrn **Antonios Arabatzis**, Inhaber der Traditionsgaststätte Gleumes, zur Nachwahl vorgeschlagen habe. Herr Arabatzis erfülle die Voraussetzungen der Wahlgruppe 10 und bringe umfassende Erfahrung aus der Gastronomiebranche mit. Da keine weiteren Vorschläge eingereicht worden seien, stehe er als einziger Kandidat zur Wahl. Herr Arabatzis stellt sich kurz den Anwesenden vor. Nach der Vorstellung wird aufgrund der bereits vorangeschrittenen Zeit auf eine geheime Wahl verzichtet und einstimmig eine offene Wahl beschlossen. Die offene Wahl ergibt, dass Herr Antonios Arabatzis einstimmig in die Vollversammlung gewählt wird. Herr Arabatzis nimmt dieses Amt an und unterschreibt die Verpflichtungs- und Annahmeerklärung.

## Beschluss

---

**Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:**

***Die Vollversammlung wählt Antonios Arabatzis, Inhaber der Traditionsgaststätte Gleumes, in die Vollversammlung der IHK Mittlerer Niederrhein.***

---

## TOP 06 Jahresprogramm 2025: Projekte und Aktivitäten

---

**Präsident te Neues** informiert, dass die IHK im Rahmen der Planung des Jahresprogramms auf Grundlage ihres Leitbilds wirtschaftsfördernde Projekte und Aktivitäten für den Mittleren Niederrhein entwickelt.

**Jürgen Steinmetz** ergänzt, dass für das Jahr 2025 insgesamt 101 Vorhaben erarbeitet wurden, die darauf abzielen, die wirtschaftliche Entwicklung in der Region weiter voranzutreiben und zu unterstützen.

Bezüglich der finanziellen Rahmenbedingungen belaufen sich die veranschlagten wirtschaftsplanwirksamen Kosten im ersten Wirtschaftsjahr dieser Vorhaben auf insgesamt 2.262.854 Euro. Darin enthalten seien die bereits von der Vollversammlung beschlossenen Maßnahmen zur Substanzerhaltung und energetischen Verbesserung der IHK-Gebäude im Umfang von 622.000 Euro. Im Vergleich dazu seien für das Jahr 2024 wirtschaftsplanwirksame Ausgaben in Höhe von 1.765.824 Euro vorgesehen gewesen. Damit lägen die veranschlagten wirtschaftsplanwirksamen Kosten in diesem Jahr um 124.970 Euro unter denen des Jahres 2024. Die Vorhaben für 2025 seien in einer detaillierten Aufstellung im Vorfeld als erläuternde Unterlage an die Anwesenden verschickt worden.

---

**Beschluss**

**Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:**

***Die Vollversammlung beschließt das IHK-Jahresprogramm 2025.***

---

**TOP 07 Risikoerfassung und -bewertung 2025**

---

**Präsident te Neues** erklärt, dass die Vollversammlung jährlich die Risikobewertung und die Dotierung der Ausgleichsrücklage beschließt und dies in der Wirtschaftsplanung umsetzt. Dabei stelle sie fest, dass die erkennbaren Risiken abgedeckt seien.

**Verfahren**

**Martin van Treeck**, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Mittlerer Niederrhein ergänzt, dass die Rechnungsprüfungsstelle der IHKn bestätigt habe, dass die der Risikoprognose zugrunde liegenden Annahmen plausibel abgeleitet und dokumentiert worden seien.

Die jährliche Risikobewertung werde auf Basis von Empfehlungen des DIHK-Arbeitskreises mit der Simulationssoftware „@Risk“ durchgeführt. Wesentliche Risiken seien unverändert gegenüber dem Vorjahr beibehalten worden: konjunkturell bedingte Änderungen der Erträge aus IHK-Beiträgen, Ertragsausfälle bei Gebühren sowie Rückgänge bei Entgelten. Über Wirtschaftsplan, Rücklagen oder Versicherungen gedeckte Sachverhalte flössen nicht in die Bewertung ein.

**Veränderungen zum Vorjahr**

**Martin van Treeck** hebt hervor, dass die Risikohöhe 2025 aufgrund stabiler Beitragserwartungen gesenkt werden könne. Erwartete Beitragsausfälle seien bereits nach unten korrigiert worden. Die Parameter der Risikoberechnung, wie das Konfidenzintervall von 90 Prozent, blieben unverändert, da teure Schadensereignisse bisher ausgeblieben seien. Während die Eintrittswahrscheinlichkeit beim Konjunkturrisiko konstant bleibe, sei sie für Gebühren und Entgelte aufgrund der Erfahrungen aus der Corona-Pandemie herabgesetzt worden.

**Ergebnis**

Das Ergebnis der Bewertung betrage 1.552.140 Euro, 247.860 Euro weniger als die bestehende Ausgleichsrücklage von 1.800.000 Euro. Es werde vorgeschlagen, die Rücklage entsprechend anzupassen und 248.000 Euro zu entnehmen. Er betont abschließend, dass diese Anpassung Teil der Wirtschaftsplanung 2025 sei.

---

**Beschluss**

**Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:**

***1) Die Vollversammlung nimmt die Ergebnisse der Risiko-Simulation 2024 für das Jahr 2025 zustimmend zur Kenntnis.***

***2) Bei der Wirtschaftsplanung 2025 sollen der Ausgleichsrücklage 248.000 Euro entnommen werden. Der Entnahmebetrag soll in gleicher Höhe dem Finanzanlagevermögen entnommen werden.***

***3) Die Vollversammlung stellt fest, dass die mit 1.552.000 Euro dotierte Ausgleichsrücklage die aktuell erkennbaren Risiken abdeckt.***

---

## TOP 08 Wirtschaftsplan 2025

---

**Präsident te Neues** bittet Christoph Buchbender, Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses, den Wirtschaftsplan 2025 zu erläutern.

**Christoph Buchbender** informiert, dass der Entwurf des Wirtschaftsplans im Rahmen einer Sitzung mit dem Präsidium und dem Haupt- und Finanzausschuss besprochen und eine Empfehlung zur Beschlussfassung ausgesprochen worden sei.

### Planung 2025

Bereits im Sommer habe die Vollversammlung Eckpunkte für die Planung des Jahres 2025 beschlossen, darunter eine Senkung des Umlagehebesatzes, höhere Gehälter für die IHK-Mitarbeitenden sowie Mittel für die energetische Sanierung und Substanzerhaltung der IHK-Gebäude. Diese Vorgaben seien im vorliegenden Entwurf umgesetzt worden.

### IHK-Beiträge

Die Gewerbeerträge als Bemessungsgrundlage für die IHK-Beiträge hätten sich positiv entwickelt, wodurch die IHK-Beiträge trotz der Senkung des Umlagehebesatzes von 0,19 Prozent auf 0,18 Prozent um 160.000 Euro höher veranschlagt werden könnten.

### Gebühren und Entgelte

Die Nachfrage nach Weiterbildungsveranstaltungen in den neuen Räumen in Mönchengladbach sei gut angelaufen, allerdings sei insgesamt eine geringere Nachfrage nach Seminaren und Lehrgängen zu verzeichnen. Dies sei nicht besorgniserregend, aber die IHK plane nach den aktuellen Anmeldezahlen konservativ, weshalb Gebühren und Entgelte im Vergleich zum Vorjahr um 256.000 Euro niedriger angesetzt würden.

### Projekte

Für das nächste Jahr habe die IHK eine Reihe von Projekten mit einem Budget von rund 2,3 Millionen Euro geplant, einschließlich der bereits beschlossenen Maßnahmen zur Substanzerhaltung in Höhe von 622.000 Euro. Das Projektbudget liege somit etwa 125.000 Euro unter den Ausgaben des Vorjahres.

### Personal

Die IHK werde ab dem nächsten Jahr den „NRW-Länderschwerpunkt Ukraine“ übernehmen und hierfür eine halbe Referentenstelle einrichten. Zudem seien die Einstellungen von vier Auszubildenden geplant. Der Personalaufwand steige von 11,5 auf 12,6 Millionen Euro, während sich der Betriebsaufwand von 23,2 Millionen Euro auf 25,6 Millionen Euro erhöhe.

### Ergebnis

Das Finanzergebnis werde rund 50.000 Euro niedriger angesetzt, da die Zinsen leicht rückläufig seien. Das Jahresergebnis werde negativ mit minus 2,8 Millionen Euro geplant, was durch das öffentliche Haushaltsrecht bedingt sei. Die IHK müsse Überschüsse zeitnah in künftigen Haushalten verwenden, was negative Jahresergebnisse zur Folge habe. Das negative Ergebnis werde durch Ergebnisvorträge und Rücklagenentnahmen ausgeglichen. Ein ausgeglichener Haushalt mit einem Ergebnis von Null sei das Ziel eines IHK-Wirtschaftsplans, so **Christoph Buchbender**.

---

### Beschluss

**Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:**

***Die Vollversammlung beschließt die Wirtschaftssatzung und den Wirtschaftsplan 2025.***

---

## TOP 09 Wirtschafts- und Europapolitische Positionen

---

**Präsident te Neues** erklärt, dass die DIHK regelmäßig die „Wirtschafts- und Europapolitischen Positionen“ der IHK-Organisation veröffentliche, an deren Erarbeitung sich alle Industrie- und Handelskammern bundesweit beteiligen. In diesem Papier seien wirtschaftspolitische Empfehlungen formuliert, die das gesamte Spektrum der IHK-Arbeit abdecken. Die finale Fassung der Positionen sei den Anwesenden mit den erläuternden Unterlagen zugegangen.

**Gregor Werkle**, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik, führt weiter aus, dass das Positionspapier das Ergebnis intensiver Abstimmungsprozesse sei. Viele Unternehmen hätten sich zudem aktiv im Beteiligungsportal eingebracht. Die enthaltenen Positionen würden der IHK helfen, sich klar für die Wirtschaft zu positionieren und bildeten die inhaltliche Basis sowie das Fundament für Stellungnahmen und Handlungsempfehlungen. Darüber hinaus würden sie als Leitlinien in verschiedenen Politikfeldern dienen und der IHK die erforderliche Legitimation zum Äußern ihrer Standpunkte verleihen.

**Norbert Bienen** regt an, eine Zusammenfassung mit den wesentlichen Standpunkten nachzureichen, da das Positionspapier sehr umfangreich sei. Diese finden Sie im Anhang an dieses Protokoll.

### Beschluss

**Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:**

***Die Vollversammlung beschließt die Wirtschafts- und Europapolitischen Positionen.***

---

## TOP 10 Forderungen für die Bundestagswahl 2025

---

**Präsident te Neues** informiert, dass neben den Wirtschafts- und Europapolitischen Positionen auch kurzfristig ein Positionspapier entworfen worden sei, das die Top-Forderungen für die Bundestagswahl 2025, die für Februar 2025 angesetzt sei, umfasse. Dieses Papier sei den Anwesenden im Vorfeld zu dieser Sitzung zugegangen und liege zudem auch in gedruckter Form vor.

### Beschluss

**Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:**

***Die Vollversammlung beschließt die Forderungen für die Bundestagswahl 2025.***

---

## TOP 11 Ergebnisse der H2-Bedarfsanalyse

---

**Präsident te Neues** trägt vor, dass die IHK eine Wasserstoff-Bedarfsanalyse durchgeführt hat. Die Ergebnisse wurden Ende September vorgestellt.

Dominik Heyer, Referent für Energie, bringt der Vollversammlung die Vorgehensweise sowie die Ergebnisse näher.

### Vorgehensweise

**Dominik Heyer** informiert, dass bei der Analyse drei große Verteilnetzbetreiber am Mittleren Niederrhein einbezogen wurden, welche die Netzgebiete von 11 von insgesamt 19 Kommunen abdeckten, in denen gasintensive Unternehmen ansässig seien. 29 der eingeladenen 49 energieintensiven Unternehmen hätten an der interviewbasierten Analyse teilgenommen, was eine hohe Beteiligung darstelle. Diese Unternehmen entsprächen rund 70 Prozent des industriellen Gaseinsatzes (RLM-Kunden) im Verteilnetz, was eine hohe Repräsentativität der Analyse garantiere. Auch Unternehmen im Fernleitungsnetz seien eingeladen worden. Die Interviews hätten einen Fragebogen mit vier Schwerpunkten umfasst: Ausgangssituation und Reifegrad, Transformationsbedarf, Wasserstoffbedarfsmengen und Standortplanung. Die Interviews seien in einem Zeitraum von zwei Monaten durchgeführt worden.

### Ergebnis

Über 50 Prozent der befragten Unternehmen planten, in Zukunft mit Wasserstoff zu arbeiten, während die anderen 50 Prozent noch unentschlossen seien und technologieoffen blieben. Besonders mittelständischen Betrieben falle es schwer, sich auf konkrete Wasserstoffmengen festzulegen, da ihnen Garantien für Preise und Verfügbarkeiten fehlten. Der zukünftige Wasserstoffbedarf der Verteilnetzunternehmen werde etwa 30 Prozent des aktuellen Gaseinsatzes dieser Unternehmen ausmachen.

### Weiteres Vorgehen

Die Ergebnisse dienen insbesondere den Netzbetreibern als Grundlage für ihre weitere Infrastrukturplanung. Die Fertigstellung der Analyse solle kein Abschluss, sondern der Auftakt eines kontinuierlichen Prozesses für die Planung des Wasserstoffeinsatzes am Mittleren Niederrhein darstellen. Es sei wichtig, den Gesprächs- und Informationsfaden nicht abubrechen, sondern im Austausch mit den Netzgesellschaften, den Unternehmen und weiteren Stakeholdern zu bleiben, um Maßnahmen anzuschieben und die standortpolitische Diskussion voranzutreiben. Auf die Nachfrage von Vizepräsident **Dr. Claus Schwenzer**, worauf der gegenüber dem heutigen Erdgasbedarf geringere Bedarf an Wasserstoff zurückzuführen sei, erklärt **Heyer**, dass in Zukunft nicht in jedem Wärmeprozess Erdgas durch Wasserstoff substituiert wird. Insbesondere bei Niedrigtemperaturprozessen ist die Elektrifizierung der Wärmeerzeugung in der Regel kostengünstiger und effizienter. Weiter fragt **Dr. Schwenzer**, ob man durch Erdgasnetze auch Wasserstoff leiten könne. **Heyer** erklärt, dass zwar Umrüstungsarbeiten notwendig seien, das Erdgasnetz aber grundsätzlich geeignet ist für den Transport von Wasserstoff. Beispielsweise seien rund 60 Prozent der Kernnetzleitungen keine Neubau- sondern Umrüstleitungen. **Johann-Andreas Werhahn** ergänzte, dass der IHK-Bezirk mit zum Teil drei parallellaufenden Fernnetzleitungen durch den Mittleren Niederrhein gute Voraussetzungen hätte.

---

### Beschluss

**Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:**

***Die Vollversammlung nimmt die Ergebnisse der Analyse zur Kenntnis und beschließt, das Thema Wasserstoff durch die IHK gemeinsam mit***

**den Netzbetreibern, den entsprechenden Unternehmen sowie weiteren Partnern weiter vorantreiben zu lassen.**

---

## **TOP 12 Umbau der IHK-Hauptgeschäftsstelle Mönchengladbach – Ein Resümee**

---

### **Abrechnung**

**Präsident te Neues** leitet ein, dass am 10. April 2024 der Umbau der IHK-Hauptgeschäftsstelle in Mönchengladbach abgeschlossen worden sei. Heute, am 10. Dezember, lasse sich das Umbauvorhaben nicht nur hinsichtlich der Kosten vollständig abrechnen, sondern es seien auch erste Kennzahlen in Bezug auf die Bildungsangebote festgelegt worden. **Jürgen Steinmetz** bestätigt, dass sich nach der Abrechnung der Baumaßnahme, einschließlich der Rechnung des Architekturbüros Schrammen und aller Vorkosten, wie etwa des Bauwettbewerbs, die Gesamtkosten auf 3,640 Millionen Euro belaufen würden und somit unter dem von der Vollversammlung beschlossenen Gesamtbudget von 3,797 Millionen Euro lägen.

### **Kennzahlen**

**Dr. Egbert Schwartz**, Leiter der Weiterbildung, berichtet, dass die neuen Räumlichkeiten bei den Kunden und Mitarbeitenden sehr gut ankommen würden. Er teilt mit, dass seit der Eröffnung im April bereits 55 Seminare und IHK-Lehrgänge stattgefunden hätten, an denen 668 Teilnehmende teilgenommen hätten, was die Planzahlen überschreiten würde. Zudem seien 70 IHK-Dozentinnen und Dozenten im Einsatz, was auf die Attraktivität des Standorts hinweise und ihn als zukunftsweisend sowie wettbewerbsfähig präsentiere. Auf Nachfrage erklärt er, dass man anhand der erfassten Postleitzahlen nachvollziehen könne, woher die Seminarteilnehmenden stammen. Es gebe demzufolge keine Abwanderung aus anderen Bezirken, da die Teilnehmenden überwiegend aus der Region kämen.

---

## **TOP 13 Berufsvalidierungs- und Digitalisierungsgesetz: Validierungsverfahren mit Änderung der Gebührenordnung**

---

Zum 1. August 2024 sei das Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz in Kraft getreten. Damit erhielten die IHKn zum 1. Januar 2025 eine neue gesetzliche Aufgabe, berichtet **Präsident te Neues**. Angelehnt an das bisherige Projekt „ValiKom“ zur Validierung beruflicher Erfahrung sei den IHKn gesetzlich ein Verfahren zur Feststellung beruflicher Kompetenzen für über 25-Jährige zugewiesen worden, fügt **Martin van Treeck** hinzu.

Weiter erläutert er, dass, um die Kosten für Personal und Verfahren beitragsneutral zu halten, die IHKn ermächtigt seien, eine kostendeckende Gebühr zu erheben. Hiervon mache die IHK Mittlerer Niederrhein Gebrauch und stütze sich dabei auf eine NRW-weit abgestimmte Vorgehensweise. Die vorgeschlagene Gebühr sei mit den erläuternden Unterlagen versandt worden und unterscheide zwischen einfachen und aufwändigen Verfahren, differenziere jedoch auch nach dem individuellen Umfang der Feststellungsverfahren. Die Höhe der Gebühr wurde von der Rechtsaufsicht bereits im Rahmen einer Vorabprüfung genehmigt.

Um den Übergang aus dem geförderten Projekt „ValiKom“ in eine gesetzliche Regelaufgabe aller IHKn bundesweit einheitlich zu gestalten, sei die langjährige Erfahrung der IHK im Projekt auch über das offizielle Projektende hinaus gefragt. Daher sei IHK NRW mit der Anfrage an die IHK Mittlerer

Niederrhein herangetreten, ab dem 1. November 2024 für zwei Jahre eine geförderte „Servicestelle Validierung“ einzurichten. Diese Stelle habe zum 6. November 2024 besetzt werden können.

Gemeinsam mit zwölf anderen IHKn im Bundesgebiet werde die IHK Mittlerer Niederrhein dazu beitragen, das neue Feststellungsverfahren bundesweit einheitlich und qualitätsgesichert zu etablieren. Das Projekt werde zu 75 Prozent vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert, die übrige Finanzierung erfolge über den Haushalt der IHK NRW, da die Servicestelle für alle NRW-Kammern tätig sein werde, schließt **Martin van Treeck** seinen Bericht ab.

## Beschluss

**Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:**

***Die Vollversammlung beschließt die beigefügte Änderung der Anlage zur Gebührenordnung (Gebührentarif) für das neue Validierungsverfahren ab dem 01.01.2025.***

## TOP 14 Gremientermine 2025

Für das Jahr 2025 stünden bereits die Sitzungstermine der Gremien fest, die in den erläuternden Unterlagen schriftlich übermittelt worden seien, verkündet **Präsident te Neues**. Es werde darum gebeten, sich diese Termine vorzumerken. Die Örtlichkeiten würden zeitnah auf der Homepage bekanntgegeben. Sollten sich noch Änderungen ergeben, würden auch diese umgehend mitgeteilt.

### Präsidiumssitzung

- 06. Februar 2025
- 15. Mai 2025
- 09. Oktober 2025

Änderung: 07. Februar 2025

### Vollversammlung

- 18. März 2025
- 26. August 2025 + Sommerfest
- 04. Dezember 2025

## Ergänzung

Die erste Sitzung des Präsidiums wird im Rahmen einer Präsidiumsreise vom 06. bis 07. Februar 2025 in Brüssel stattfinden. Aus organisatorischen Gründen wird die Sitzung des Präsidiums am zweiten Tag der Reise, dem 07. Februar 2025, abgehalten.

## TOP 15 Verschiedenes

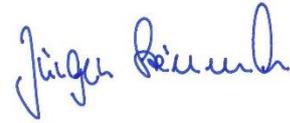
Es gibt auf Nachfrage von **Präsident te Neues** keine Wortmeldungen.

**Präsident te Neues** dankt den Mitgliedern der Vollversammlung und schließt die öffentliche Sitzung um 18:27 Uhr. Er informiert, dass noch ein nicht-öffentliches Thema auf der Tagesordnung stehe, welches den Campus für Bildung und Innovation in Neuss betreffe (TOP 16). Er bedankt sich bei den Gästen und bittet diese, den Saal zu verlassen.

Krefeld, den 19.12.2024



**Elmar te Neues**  
Präsident



**Jürgen Steinmetz**  
Hauptgeschäftsführer